

Energie sparen - und mehr bezahlen

ESSEN/BONN. HEIZEN, STROM UND MOBILITÄT WERDEN IMMER TEURER. EU WILL GEGEN HOHE PREISE VORGEHEN. STREIT UM SOZIALTARIFE.

Hermann-Josef Wagner kann sehr beruhigend klingen. Etwa wenn er sagt: „Das Öl wird uns nicht ausgehen.“ Manchmal klingt er aber auch sehr beunruhigend: „Das Stromnetz in Europa kann über Nacht zusammenbrechen.“

Wenn Wagner über die Zukunft der Energie spricht, sind seine Aussagen nicht immer einfach, aber pragmatisch und ziemlich ideologiefrei. Vielleicht, weil Wagner kein Politiker ist, sondern Maschinenbau-Ingenieur und Professor am Bochumer Uni-Lehrstuhl für Energiesysteme und Energiewirtschaft. Gestern sprach er auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Essen über die Energien von morgen. Fazit: Die aktuellen Energiequellen werden zumindest in absehbarer Zeit nicht versiegen - billige Energiequellen sind jedoch bald erschöpft. Energiesparen sei daher erstes Mittel der Wahl. „Das Potenzial ist immens.“ Große Einsparmöglichkeiten sieht Wagner beim Heizen. „Das Problem sind die Altbauten.“ Hier ließen sich durch Sanierung 30 bis 50% der benötigten Energie einsparen - bislang würden jährlich jedoch nur 0,9% der Häuser saniert. „Es ist positiv, dass die Bundesregierung diesen Anteil auf 3% steigern will.“

Bundesregierung hat „wenig Einfluss“

Auch Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) warb gestern für größere Energiespar-Anstrengungen. „Jede Energie, die nicht verbraucht wird, ist eigentlich die sinnvollste Energiepreissenkung“, sagte er

beim Besuch der Bundesnetzagentur in Bonn. Auf den internationalen Öl- und Gasmarkt habe die Bundesregierung „wenig Einfluss“, sagte er mit Blick auf die massiv gestiegenen Energiepreise. Und die Bundesnetzagentur habe ihre Möglichkeiten bei Strom und Gas mit Senkungen der Netzkosten „ziemlich ausgeschöpft“. Die Europäische Union hat die hohen Energiepreise auf die Tagesordnung des EU-Gipfels in der kommenden Woche gesetzt. Die EU-Kommission plädiert in einem Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten. Zu den Maßnahmen könnten „gezielte Hilfen“ für sozial Schwache gehören. Auch Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) setzt sich für Sozialtarife ein. Glos ist jedoch skeptisch: „Ich halte das für einen Vorschlag, der zwar interessant ist, der sich aber in der Praxis schwer ermöglichen lässt.“ Ein anderer Vorschlag der Kommission umfasst Mehrwertsteuer-Reduzierungen für Energiespar-Produkte.

Geht es um die Zukunfts-Energien, die trotz Einsparungen noch nötig sind, sei letztlich alles eine Frage des Preises, sagt Wagner - technisch möglich sei vieles. Öl-Lagerstätten etwa würden bislang nur zu rund 30% ausgebeutet. Nun Sorge ein höherer Preis dafür, dass auch die Förderung weiterer 10% rentabel sei. Beim Gas prognostiziert er eine immer geringere Abhängigkeit zwischen Westeuropa und Russland. Durch die Möglichkeit, Erdgas zu verflüssigen und zu verschiffen „wird es einen richtigen Weltmarkt geben“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

THOMAS RÜNKER

11. Juni 2008

www.kas.de

www.kas.de/dortmund

Hinsichtlich klimaschonender, CO2-freier Techniken weist Wagner darauf hin, dass die Kernenergie international einen Aufschwung erlebt. Er ist jedoch skeptisch, ob selbst neue, sicherere Kraftwerke die Akzeptanz von Atomenergie in Deutschland erhöhen würden.

Bei den erneuerbaren Energien „ist Windkraft der größte Hoffnungsträger“. Allerdings müssten angesichts schwankender Leistungen weiter konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden: „Wir sparen Kohle und Gas - aber keine Kraftwerke.“ In 30 Jahren sei es vielleicht möglich, mit einem leistungsfähigen europaweiten Stromnetz die Schwankungen beim deutschen Windstrom durch Solarstrom aus Spanien auszugleichen. Auch Glos plädierte gestern für ein länderübergreifendes Netz in Europa: „Ich begrüße grundsätzlich, wenn wir zu einem größeren gemeinsamen Netz kommen.“

800 Kilometer neue Hochspannungsleitungen

Doch allein der Netzausbau koste nicht nur Geld, sondern habe in Deutschland - wie viele Kraftwerksprojekte - auch ein Akzeptanzproblem, so Wagner. „Wir werden jedoch an einem massiven Netzausbau nicht vorbeikommen.“ 800 Kilometer neue Hochspannungsleitungen seien nötig - auch um das Netz stabil zu halten. (NRZ)

Aus:

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/nrz/2008/6/11/news-54970370/detail.html>